

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 36/39  
Telex: 8 36 846 ppbm d



## Inhalt

Harald B. Schäfer MdB zur Koalitionsvereinbarung über die Sicherheitsgesetze: Bangemann ist eingeknickt.  
Seite 1

Volker Hauff MdB zur Europabilanz des Bundeskanzlers: Mit Halbwahrheiten häusieren gegangen.  
Seite 3

Georg Schlaga MdB resümiert Informationen und Eindrücke eines Pakistan-Aufenthalts: Ende des afghanischen Dramas in Sicht?  
Seite 4

Hans Kolo MdL rechnet mit der Umweltpolitik von Bundesinnenminister Zimmermann ab: Unerfüllte Versprechen und Vernebelungsversuche.  
Seite 5

41. Jahrgang / 7

10. Januar 1986

**Bangemann ist eingeknickt**

Zur Koalitionsvereinbarung über die Sicherheitsgesetze

Von Harald B. Schäfer MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Das von den Vorsitzenden von CDU/CSU und FDP ausgehandelte Paket der sogenannten Sicherheitsgesetze zeigt: Die FDP hat ihren Widerstand gegen die Einschränkungen des Datenschutzes zugunsten von mehr Effektivität für die Sicherheitsbehörden aufgegeben. Daran ändern auch die beschwichtigenden Erklärungen von Seiten der FDP nichts.

Offensichtlich hat sich Herr Bangemann mit seiner FDP auf dem Dreikönigstreffen so sehr überhoben, daß er jetzt vor den Herren Strauß und Kohl eingeknickt ist.

Unbeschadet einer späteren Prüfung der gegenwärtig noch nicht vorliegenden Gesetzestexte scheint bereits jetzt festzustehen, daß die Sicherheitsgesetze gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verstoßen. So wird zum Beispiel in dem bekanntgewordenen Entwurf für ein ZAG-Gesetz, das vom Kabinett am 21. Januar 1986 beschlossen werden soll, das Verfassungsgebot einer Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten auf vielfältige Weise unterlaufen. Die von der sozialliberalen Koalition unter tatkräftiger Mitwirkung

Verlag und Redaktion:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreislauf-Übersicht  
nach dem Gesetz vom 27.11.1977  
Rechtliche Papier



der FDP abgeschaffte „Sonderanweisung Grenzkontrolle“, die den Bundesgrenzschutz zu einem verlängerten Arm des Verfassungsschutzes machte, wird in veränderter Form wiedereingeführt. Damit wird der BGS, der im letzten Jahrzehnt zu einer Polizei des Bundes ausgebaut wurde, zum verlängerten, exekutiven Arm der Nachrichtendienste, das heißt des Verfassungsschutzes, des MAD und des BND.

Die von den Datenschutzbeauftragten gegen das Verfassungsschutzgesetz und gegen die Maschinenlesbarkeit des neuen Personalausweises und Europapasses vorgebrachten Bedenken werden durch die Pläne der Regierungskoalition im vollen Umfang bestätigt. Die Erstellung von Bewegungsbildern bestimmter Personenkreise wird künftig möglich sein.

Die Zustimmung der FDP zu diesem Gesetespaket zeigt die liberale Janusköpfigkeit dieser Partei. Die Herren Hirsch und Baum treten als das liberale und rechtsstaatliche Gewissen der FDP auf, aber in entscheidenden Fragen haben sie kaum Einfluß auf den Gang der Dinge. Dann sind sie nicht mehr als ein liberales Feigenblatt, das beim ersten Windstoß herabfällt.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens alle Möglichkeiten nutzen, um die Öffentlichkeit über die Auswirkungen dieses Gesetzpaketes zu informieren und aufzuzeigen, daß die gegenwärtig in Bonn regierende Rechtskoalition dabei ist, den verfassungsrechtlich gebotenen Datenschutz der Inneren Sicherheit unterzuordnen. Das werden wir nicht ohne Widerstand hinnehmen.

Schon jetzt läßt sich festhalten: Bei einer sachgerechten, gründlichen parlamentarischen Beratung wird eine Verabschiedung dieser Gesetze in dieser Legislaturperiode nicht mehr möglich sein.

(-/10.1.1986/rs/ks)

+ + +



Kohls Europa-Bilanz ist unredlich

Der Bundeskanzler geht mit Halbwahrheiten hausieren

Von Dr. Volker Hauff MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Durch Klotzen wird die europäische Wirklichkeit nicht besser als sie ist. Helmut Kohl hat wieder einmal versucht, seine Europapolitik in ein positives Licht zu rücken und die insgesamt negative Bilanz der Kohl/Genscher-Koalition mit schönen Worten zu überdecken. Von „wesentlichen Fortschritten“ - wie der Bundeskanzler vor der Bonner Presse am Donnerstag verkündete -, kann keine Rede sein. So folgten dieser Aussage auch keine konkreten Hinweise, außer auf die deutsch-französische Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen. Das Funktionieren der deutsch-französischen Beziehungen ist zwar ein Eckstein im Aufbau der Europäischen Gemeinschaft, kann aber keineswegs die gesamte Grundlage für das Funktionieren der Zwölfer-Gemeinschaft ersetzen.

Die Bilanz der Europapolitik ist seit der sogenannten Wende mit zahlreichen Negativposten behaftet:

1. Der erste Posten in der Negativ-Bilanz der Europapolitik dieser Bundesregierung ist die Tragikomödie um die Abgaswerte. Großspurig wurde hier der Versuch unternommen, die EG-Partner vor vollendete Tatsachen zu stellen, statt sachlich überzeugende Diskussionen zu führen. Dementsprechend war das Ergebnis!
2. Die Kontroverse in der Bonner Rechts-Koalition über das Thema „EUREKA oder SDI?“ hat bei unseren europäischen Partnern Verwirrung und Unsicherheit gestiftet. Selbst dieser Regierung wohlwollende Kritiker können in diesem Durcheinander keine politische Linie erkennen.
3. Der schlimmste Schlag gegen die Glaubwürdigkeit deutscher Europapolitik war das Getreidepreis-Veto im Juni dieses Jahres. Erstmals in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaft legte eine Bundesregierung ein Veto gegen eine mehrheitliche Ratsentscheidung ein; gleichzeitig fordert sie aber eine Rückkehr zu Mehrheitsentscheidungen. Einen größeren Schlag gegen die Einigung Europas hätte sich auch der entschiedenste Anti-Europäer nicht ausdenken können.
4. Auch in der versprochenen EG-Reform ist bisher der entscheidende „Durchbruch zur Europäischen Union“ nicht erfolgt. Wie das Europaparlament das Ergebnis der Luxemburger Regierungskonferenz richtig bewertete, haben die EG-Regierungen den Reformauftrag nicht erfüllt, sondern nur bescheidene Fortschritte erreicht.

Es ist deshalb unredlich, daß Helmut Kohl immer wieder mit Halbwahrheiten hausieren geht. Für eine Regierung, die mit dem Versprechen angetreten ist, der Europapolitik Priorität einzuräumen, ist ein solches Verhalten und eine solche Bilanz geradezu blamabel.

(-/10.1.1986/rs/ks)

+ + +



Ende des afghanischen Dramas in Sicht?

Für das leidgeprüfte Land werden Lösungsvorschläge entwickelt

Von Georg Schlaga MdB

In Gesprächen mit kompetenten Informanten am 1. Januar in Quetta in Pakistan wurde mir versichert, daß bei einem Treffen Reagan-Gorbatschow in Genf von der Sowjetunion angeblich der Vorschlag gemacht worden ist, innerhalb eines Jahres aus Afghanistan abzuziehen zu wollen. Die Garantiemächte des Abzuges und der Replazierung der über vier Millionen Flüchtlinge sollen die vier islamischen Länder Pakistan, Süd-Jemen, Syrien und Libyen sein.

Der jetzige afghanische kommunistische Ministerpräsident Karmal solle bei einem umgebildeten Kabinett Ministerpräsident bleiben. Die Sowjetunion und Afghanistan erklären sich ihrerseits dafür bereit, die (seit 1919 umstrittene) Durand-Linie (die Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan) anzuerkennen. Angeblich haben sich China, Saudi-Arabien und die USA bereits ihre Übereinstimmung mit diesem Vorschlag bekundet.

Trotz meiner Vermutung, daß es sich bei dem „Lösungsvorschlag“ um eine gezielte Desinformation handle, begrüße ich sehr, daß ein Ende des afghanischen Dramas in Sicht zu sein scheint.

Allerdings wurde in den Gesprächen auch unmißverständlich gesagt, daß sich der afghanische Widerstand mit einer solchen Lösung nicht abfinden würde.

In diesem Zusammenhang war von pakistanischen Politikern zu erfahren, daß bei den letzten indirekten Verhandlungen zwischen Pakistan und Afghanistan in Genf im Dezember beiden Seiten Lösungsvorschläge unterbreitet worden sind, zu denen sie sich bis Ende Februar/Anfang März äußern sollen. Dabei wurde auch auf Brzezinskis Vorschlag nach Bildung von „peace keeping forces“ hingewiesen und darauf, daß diese sich nur aus islamischen Ländern zusammensetzen sollten.

(-/10.1.1986/rs/ks)

+ + +



**Beschwichtigungen, Vernebelungsversuche, unerfüllte Versprechen**

**Eine Abrechnung mit der Umweltpolitik von Minister Zimmermann**

Von Hans Kolo MdL  
Umweltsprecher der bayerischen SPD-Bundestagsfraktion

Als Geisterfahrer auf dem Weg in den Umweltschutz hat sich der für die Umwelt zuständige Bundesinnenminister Zimmermann erwiesen. Der CSU-Minister ist in vollem Umfang dafür verantwortlich, daß die Luftschadstoffe nicht in wünschenswertem und nach technischem Stand möglichen Maße verringert werden.

Zimmermann ist als Ankündigungsminister zum Synonym für nicht eingelöste Versprechen im Umweltbereich geworden. Er leidet ganz offensichtlich an einer eklatanten Unterversorgung mit lebenswichtigem Umweltbewußtsein. Zeugnis davon geben das von ihm ausgelöste Katalysator-Tohuwabohu ebenso wie die von ihm mitzuverantwortenden Schachzüge gegen eine Geschwindigkeitsbegrenzung. Neben diesen katastrophalen Fehlleistungen im Verkehrsbereich verblassen freilich leider andere Versäumnisse, die allerdings kaum geringer einzuschätzen sind. Dazu gehört das von Zimmermann verhinderte Inkrafttreten der verschärften Technischen Anleitung Luft (TA Luft III), durch die Industrien mit hohem Schadstoffausstoß in die Luft zur Sanierung ihrer Anlagen gezwungen hätten werden können.

Vor zehn Tagen - am 1. Januar 1986 - sollte die neue TA Luft in Kraft treten. Doch Zimmermann, der sich über Jahre hinweg mit der Novelle der TA Luft ökologische Lorbeerkränze ums eigene Haupt gewunden hat, zog die Notbremse. Nach drei Jahren Selbstbeweihräucherung kommt jetzt das bittere Ende des Trauerspiels: Der Umweltschutz wird auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Szenenfolge des Trauerspiels:

- 1. Akt: Der Bundesinnenminister Zimmermann läßt sich für die Vorlage eines Entwurfes für eine verschärfte TA Luft feiern, der bereits zu Zeiten der sozialliberalen Koalition erarbeitet worden war und den Zimmermann nur aus der Schublade zu nehmen brauchte. Großzügig verschweigt der CSU-Minister dabei, daß er mit seinen Forderungen hinter dem Entwurf der SPD/FDP-Regierung zurückbleibt.
- 2. Akt: Erneute Feierstunde für die CSU. Die Bundesregierung beschließt im Juli 1985 die niedrigeren Abgasgrenzwerte entsprechend Zimmermann-Entwurf. Weitergehende Forderungen der Sozialdemokraten und der Umweltverbände bleiben unberücksichtigt.

- 3. Akt: Die CSU in Bayern läßt sich dafür feiern, daß sie - auf Druck der Bürger und veranlaßt durch entsprechende Anträge der SPD-Landtagsfraktion - im Bundesrat einer Verschärfung der von Zimmermann vorgelegten Novelle zur TA Luft zugestimmt hat.
- 4. Akt: Nachdem der Bundesrat im Oktober 1985 die Grenzwerte in der neuen TA Luft nach unten korrigiert und insgesamt notwendige Verschärfungen vorgenommen hat, verschiebt Zimmermann das Inkrafttreten der Novelle vom 1. Januar 1986 auf unbestimmte Zeit. Auf diese Weise hofft der CSU-Innenminister, die Bundesratsforderungen rückgängig machen zu können, die ihm nachhaltige Klagen der Industrie und des Wirtschaftsministers eingebracht haben.

Dies ist ein Musterbeispiel für die Zimmermannsche Umweltpolitik, die im wesentlichen aus Beschwich-tigungen, Vernebelungsversuchen und nicht erfüllten Versprechungen besteht. Der CSU-Minister betont zu Recht, daß sich im Umweltschutz etwas bewegt, verschweigt aber, daß zumindest er in die falsche Richtung fährt. Der CSU in Bayern ist vorzuwerfen, daß sie eine Doppelstrategie betreibt. Im Freistaat entwirft sie großartige Pläne zu Gunsten des Umweltschutzes. Wenn es aber dann in Bonn ums Handeln geht, bricht das große Schweigen aus. Noch schlimmer: Die CSU leistet sich in Bonn einen Minister Zimmermann, der für die Umwelt die gleiche Wirkung hat wie Alkohol auf eine kranke Leber. Schon fast mit Bewunderung muß man sehen, wie die CSU ihre mangelhafte Umweltpolitik verkauft: Wenn sie einen Schritt in Richtung Umweltschutz geht, läßt sie sich großartig feiern. Wenn aber dann niemand hinschaut, springt sie schnell wieder zwei Schritte zurück.

Am Beispiel der TA Luft wird man nun messen können, wieviel CSU und Staatsregierung unsere Umwelt wert ist. Die 72 Änderungen, die vom Bundesrat beschlossen wurden und geltendes Recht geworden wären, wenn Zimmermann nicht die Notbremse gezogen hätte, sind fast ausschließlich Korrekturen in Richtung Umweltschutz: Sie reichen von der Ergänzung des Schadstoffkataloges um Stoffe wie Vanadium, Zinn und Ammoniak über eine Reduzierung der Schadstoffwerte teilweise um die Hälfte und eine stärkere Berücksichtigung von Spitzenbelastungen bis hin zu schärferen Anforderungen an Verbrennungsanlagen bezüglich Verweildauer und Nachbrennzeit und zur Verbesserung der Meßsysteme, die Manipulationsmöglichkeiten der Betreiber einschränken. Es gibt keinen einzigen Grund, der den Stopp der neuen TA Luft durch Zimmermann rechtfertigt - ausgenommen eine falsch verstandene Rücksichtnahme auf die CSU-Klientel in Wirtschaft und Industrie. Wenn Zimmermann hier Nein sagt, dann erteilt er nicht nur dem Umweltschutz eine Abfuhr, sondern belastet weiterhin die Gesellschaft mit den Folge- und Nebenkosten von Umweltschädigungen in Höhe von 80 Milliarden Mark im Jahr, anstatt die Verursacher zu zwingen, ihre Schadstoffe zu reduzieren oder zu bezahlen.

An CSU und Bayerische Staatsregierung richten die bayerischen Sozialdemokraten die Aufforderung, auf ihren CSU-Minister Zimmermann einzuwirken, die neue TA Luft sofort in Kraft zu setzen. Der letzte Rest an ökologischer Glaubwürdigkeit der CSU steht auf dem Spiel. (-/10.1.1986/rs/ks)

+ + +